

Analyse **Beteiligung als soziale Frage**

Eine sozialisationstheoretische Bestandsaufnahme zu Familie,
Schule und Partizipation junger Menschen in Deutschland.

10. Juni 2026

Analyse Beteiligung als soziale Frage

Eine sozialisationstheoretische Bestandsaufnahme zu Familie, Schule und Partizipation junger Menschen in Deutschland.

10. Juni 2026

Diese Analyse untersucht aktuelle Sozialisationsbedingungen junger Menschen in Deutschland. Vor dem Hintergrund einer Polykrise wird das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung nach Klaus Hurrelmann angewendet. Im Mittelpunkt stehen dabei Familie und Schule als zentrale Orte der Sozialisation sowie die Entwicklungsaufgabe des Partizipierens. Hierbei werden regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland beleuchtet sowie Differenzen zwischen Stadt und Land. Die Ergebnisse zeigen regional ungleiche Beteiligungschancen, die sich als soziale Frage erweisen: Bleibt jungen Menschen erfahrbare Wirksamkeit verwehrt, gerät die demokratische Resilienz unter Druck. Daraus wird eine sozialpolitische Passungsformel – politische Beteiligungsrechte, angemessene Ressourcen und verlässliche Verfahren als Bedingungen erfahrbarer Wirksamkeit – entwickelt, die in raumsensible, wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen mündet.

Die Langfassung dieses Papers ist abrufbar unter:

<https://starkimland.de/beteiligung-als-soziale-frage/>

Inhaltsverzeichnis

Aufwachsen in der Polykrise	4
Theoretischer Rahmen und Aufbau	5
I. Familie als primäre Sozialisationsinstanz	7
II. Schule als sekundäre Sozialisationsinstanz	14
III. Partizipieren als Entwicklungsaufgabe	21
IV. Synthese	28
V. Handlungsempfehlungen.....	32
Schlussbetrachtung	36
Literaturverzeichnis	38
Impressum	46

Aufwachsen in der Polykrise

In einer Gesellschaft, die von sich überlagernden Krisen, demografischem Wandel und sozialen Verwerfungen geprägt ist, geraten junge Menschen in Deutschland zunehmend an den Rand der politischen Aufmerksamkeit. Sie werden zur „*abgehängte[n] Minderheit*“ (Unfried & Welzer 2025), deren Lebensrealität im politischen Diskurs nur am Rande Beachtung findet.

Diese Diagnose ist nicht neu. Bereits 2002 beschrieb Klaus Hurrelmann die junge Generation als demografische Minderheit und politisch unterrepräsentiert. Trotz dieser frühen Diagnose stehen junge Menschen heute vor enormen Herausforderungen, die ihre politische Teilhabe zusätzlich erschweren (vgl. Hurrelmann 2002).

Die 2025 volljährig gewordenen jungen Menschen wuchsen im Schatten einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf, erlebten die Folgen von Ausgrenzungspolitik und sahen, wie (extrem) rechte Polarisierung auch im Zuge der Migrationsbewegungen zunahm. Ihr Einsatz für Klimagerechtigkeit wurde durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Lockdowns und Isolation unterbrochen. Erfahrungen von Pandemie, Inflation und Kriegsangst belasten sie zusätzlich. So lässt sich das gemeinsame Erleben dieser jungen Menschen als Aufwachsen im andauernden Ausnahmezustand beschreiben, wobei der Ausnahme- zum Normalzustand geworden ist (vgl. El-Mafaalani, Kurtenbach & Strohmeier 2025: 209).

Vor diesem Hintergrund werden junge Menschen in Krisendebatten aktuell zur Projektionsfläche für Pflicht und Gemeinsinn. Sie sind hierbei weniger Subjekte demokratischer Mitgestaltung, sondern Objekte gesellschaftlicher Erwartungshaltungen. Das kann Legitimation des politischen Systems schwächen und auf ein strukturelles Versagen verweisen: Glaubwürdige, wirksame politische Teilhabe wird ihnen bislang zu selten eröffnet.

Aufwachsen ist kein individueller Vorgang, sondern spiegelt gesellschaftliche Verhältnisse wider. Familie und Schule sind zentrale Instanzen, in denen Anerkennung, Orientierung und Mitbestimmung erfahrbar werden – oder ausbleiben. Die Startbedingungen dafür sind jedoch ungleich verteilt: Elterliche Ressourcen und Bildung, familiäre Strukturen, Geschlecht, Herkunft und Geografie prägen Chancen, Alltage und Biografien. Entscheidend ist, ob sich die Wege zu Bildung, Teilhabe und Wirksamkeit öffnen oder verschließen.

In diesem Rahmen wird nun geprüft, unter welchen Bedingungen Aufwachsen geschieht und welche Rolle Familie, Schule und Partizipation spielen. Ein besonderer Blick richtet sich dabei auf räumliche Differenzen zwischen Ost und West sowie Stadt und Land.

Theoretischer Rahmen und Aufbau

Modell der produktiven Realitätsverarbeitung (Hurrelmann)

Bezugspunkt ist das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung (MpR) nach Klaus Hurrelmann. Sozialisation wird als aktive Auseinandersetzung mit innerer (körperliche und psychische Dispositionen) und äußerer Realität (soziale und physischen Umweltbedingungen) verstanden.

Gelingende Sozialisation setzt ein Gleichgewicht zwischen Individuation (der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Autonomie) und Integration (der Eingliederung in gesellschaftliche Strukturen und Beziehungen) voraus. Dafür benötigen junge Menschen personale und soziale Ressourcen wie Selbstvertrauen, emotionale Stabilität und verlässliche Beziehungen.

Die vier Entwicklungsaufgaben – Qualifizieren, Binden, Konsumieren, Partizipieren – strukturieren diese Prozesse. Das Partizipieren nimmt dabei eine besondere Stellung ein, da sie als „querliegende“ Aufgabe alle anderen Entwicklungsaufgaben durchzieht. Weil Partizipieren auf reale Wirksamkeits- und Anerkennungserfahrungen angewiesen ist, ist diese Entwicklungsaufgabe gegenüber struktureller Marginalisierung besonders verletzlich. Unter den aktuellen Bedingungen politischer und gesellschaftlicher Marginalisierung junger Menschen ist sie daher besonders gefährdet (vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–109, 134).

Aufbau dieser Analyse

Diese Analyse betrachtet drei Achsen: **Familie** (I) als primäre Sozialisationsinstanz, **Schule** (II), mit dem Fokus auf allgemeinbildende Schulen als sekundäre Instanz, und die Entwicklungsaufgabe **Partizipieren** (III).

Unterschieden wird zwischen der Makro- und Mesoebene (Politik, Ökonomie, Demografie, Institutionen, Verwaltung etc.) sowie Mikroebene (Binnenstrukturen in Familien, individuelle Lebenslagen). Bei der Analyse wird der Raum (Ost/West; Stadt/Land) besonders berücksichtigt, da Ressourcen, Netzwerke und institutionelle Angebote regional verschieden strukturiert sind.

Nach der Betrachtung der drei Teilbereiche bündelt eine **Synthese** die Befunde (IV), bevor **Empfehlungen** (V) und eine Schlussbetrachtung folgen.

Junge Menschen sind
eine Minderheit gewor-
den, deren Lebensrealität
im politischen Diskurs
bestenfalls noch am
Rande mitgedacht wird.

Diese Situation ist nicht neu. Bereits 2002 be-
schrieb Klaus Hurrelmann die junge Genera-
tion als demografische Minderheit und poli-
tisch unterrepräsentiert. Anstatt jedoch die
Beteiligungsrechte junger Menschen zu stär-
ken, stehen sie heute vor enormen Herausfor-
derungen, die ihre politische Teilhabe zusätz-
lich erschweren.

I. Familie als primäre Sozialisationsinstanz

Der Familie kommt in der Sozialisationstheorie eine zentrale Rolle zu. Als generationenübergreifende Lebensgemeinschaft bildet sie den ersten sozialen Erfahrungsraum junger Menschen. Familie ist damit die primäre Sozialisationsinstanz, in der das Zusammenleben idealerweise „*durch emotionale Verbundenheit, gegenseitige Verantwortung, solidarische Beziehung und verlässliche Betreuung*“ (Rathmann, Bründel & Hurrelmann 2024: 56) gekennzeichnet ist. Wobei in der Regel Erwachsene die Verantwortung für Versorgung, Erziehung und Unterstützung anderer Familienmitglieder übernehmen.

Die Familie hilft Kindern dabei, die Umwelt als äußere Realität zu begreifen, indem sie Eindrücke filtert, ordnet, interpretiert und auf kindliche Bedürfnisse eingeht. Dies gelingt jedoch nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten. So spiegelt dieser Prozess gleichzeitig soziale, kulturelle und ökonomische Bedingungen wider. Die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen in Familie ist daher untrennbar mit den Bedingungen des gesellschaftlichen Ganzen verknüpft (vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 145–155).

Dabei erbringt Familie „*nicht ersetzbare Leistungen für Individuen und die Gesellschaft insgesamt*“ (AID:A 2019: 109). Zahlreiche aktuelle Befunde unterstreichen, dass Familien grundlegende emotionale und materielle Sicherheit, soziale Stabilität, Geborgenheit und Zusammenhalt bieten und damit zentrale Ressourcen für Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialisation bereitstellen. Familie steht damit in direktem Zusammenhang mit den Möglichkeiten sozialer Teilhabe und der Förderung individueller Ressourcen junger Menschen (vgl. Steinhauer et al. 2025: 19 f., 73 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 140; BMFSFJ 2024a: 22; BMFSFJ 2024b: 165; BMFSFJ 2023: 13 f.).

Bedeutung und Wandel

Die Vorstellung einer „normalen“ Familie ist eine Fiktion. Als Sozialisationsinstanz befindet sich Familie stets im Wandel: Das traditionelle Modell aus Vater, Mutter und Kind(ern) verliert an Dominanz und wird durch vielfältige Formen ergänzt, etwa Alleinerziehende, Stieffamilien oder nichteheliche Lebensgemeinschaften. Diese Entwicklungen sind historisch gewachsen und von regionalen Unterschieden geprägt.

Die Verklärung einer einzigen Familienform zur Norm blendet nicht nur statistische Vielfalt aus, sondern ignoriert auch, dass Familie als soziale Einheit ständig unter Druck steht. Familie ist ein gesellschaftlicher Kampfplatz, an

dem die inneren, emotionalen Ressourcen der Familienmitglieder mit den äußeren, oft unerbittlichen Bedingungen der Gesellschaft ringen. Die Polyrise belastet Familien wirtschaftlich und sozial erheblich, während die (extreme) Rechte versucht, ein bestimmtes Familienbild durchzusetzen. Dass beispielsweise Familien- und damit Kinderarmut ein gravierendes Problem ist, zeigt die Grenzen jener romantisierten Norm auf: Ein Zurück zur bürgerlichen Kernfamilie mit männlichem Alleinverdiener ist illusorisch, denn die sozioökonomische Unsicherheit untergräbt die Stabilität vieler Haushalte. Eltern stehen immer mehr unter Druck, weil sie Probleme der Gesellschaft ausgleichen müssen. Die Lösung liegt somit in einer Politik, die Familien in ihrer Vielfalt sichert und die Lasten gerechter verteilt.

Gutes Aufwachsen ist auch in prekären Verhältnissen nicht ausgeschlossen: Starke emotionale Bindungen können einen Puffer bilden und materielle Nachteile teilweise kompensieren. Doch selbst stabile Familien stoßen an ihre Grenzen, wenn materielle Not oder dauerhafter Stress überhandnehmen (vgl. Rathmann, Bründel & Hurrelmann 2024: 56; BMFSFJ 2024a: 37–39, 48; BMFSFJ 2023: 16; Calmbach et al. 2024: 11, 228–229; Funcke & Menne 2023: 1, 3, 7–9, 12 f.; Der Paritätische 2025: 18, 21; DJI 2024b: 17–18; Zerle, Cornelißen & Bien 2012: 62; Forell et al. 2023: 20 f., 61, 124; Jugendteilhabatlas 2025: 32–34).

Strukturelle Rahmenbedingungen familialer Sozialisation

Ökonomische Lage und soziale Ungleichheit

Familienarmut ist Kinderarmut. Armutsrisiken konzentrieren sich bei Allein-erziehenden, kinderreichen Haushalten, Familien mit Einwanderungsgeschichte und in prekären Erwerbslagen. Die Kinderarmutsrisikoquote liegt je nach Erhebungsmethode bundesweit zwischen 15–21 %, circa jedes fünfte Kind gilt als armutsgefährdet. Dabei stellten unter allen Armutsgefährdeten, die unter 18-Jährigen (mit 20,8 %) die zweitgrößte Gruppe nach den 18- bis 25-Jährigen (25,5 %). Ihre Teilhabe an Freizeitaktivitäten, kultureller Bildung und digitaler Ausstattung ist eingeschränkt. Zwar gibt es keinen Automatismus, dass jedes arme Kind Entwicklungsprobleme hat, doch besteht ein erhöhtes Risiko für psychische Auffälligkeiten, Entwicklungsverzögerungen und chronische Krankheiten. Armut wirkt somit nicht nur als materieller Mangel, sondern als systemisches Gesundheitsrisiko, besonders bei langfristiger Dauer (vgl. Statista 2024b; bpb 2024b; BMFSFJ 2024b: 124 f.; Autor:innen-Gruppe Bildungsberichterstattung 2024: 245 f.; Hähnle, Weilemann & Fegert 2020: 177–192; DJI 2024a: 7, 56 f.; Funcke & Menne 2023: 3).

Zur materiellen Belastung treten krisenbedingte Preis- und Wohnkosteneffekte: Trotz abnehmender Inflationsraten verharren Lebensmittelpreise auf hohem Niveau und 37 % der armutsbetroffenen Haushalte gelten als

wohnkostenüberbelastet, mit Folgen für Mobilität, Gesundheit und das häusliche Lernumfeld junger Menschen. Sozialleistungen bleiben wichtig, ihre Schutzwirkung ist jedoch begrenzt (vgl. Hans-Böckler-Stiftung/IMK 2025: 2 f.; Der Paritätische 2025: 21; Funcke & Menne 2023: 10 f.).

Familie als „Seismograph“ gesellschaftlicher Trends

Familien verarbeiten gesellschaftliche Spannungen: Materielle Lage, Infrastruktur, Normen und Politik rahmen, was in der Familie geleistet werden kann. Familie ist also kein reiner „Privatbereich“. Sie ist ein Ort, an dem Kinder lernen, die Welt im Alltag zu bewältigen. Prekäre Lebenslagen erhöhen den Bedarf junger Menschen, sich aktiv mit den äußeren Bedingungen auseinanderzusetzen. Zugleich erschweren geringere familiäre Ressourcen diese Auseinandersetzung. Ohne unterstützende Politik haben junge Menschen mit schwierigen Startlagen größere Nachteile sich gut zu entwickeln (vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 97–105, 145–155, 107 f., 188–191; Bertram 2009: 42–47; Hähnele, Weilemann & Fegert 2020: 177–192; Funcke & Menne 2023: 1, 9, 12 f.; Der Paritätische 2025: 2, 26–28).

Binnenstrukturen und Alltagserfahrungen

Bindung und Beziehung als Kernressourcen

In der Polykrise gewinnt die Familie an Bedeutung als Rückzugs- und Schutzraum. Obwohl Familien zunehmend mit psychischen und ökonomischen Herausforderungen konfrontiert sind, zeigt sich, dass nicht primär materielle Verhältnisse, sondern die emotionale Bindung der entscheidende Faktor für das Wohlbefinden von Kindern ist. Ein gutes Familienklima stärkt Resilienz, auch wenn Sorgen aufgrund Inflation, Krieg oder Klimawandel steigen. Die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung, verlässliche Zuwendung und konsistente Erziehungspraktiken bilden das Fundament für Stabilität, Selbstwirksamkeit und Lernbereitschaft. Familien können materielle Nachteile teilweise ausgleichen. Gleichzeitig können Konflikte – wie anhaltende Streitigkeiten, Überforderung von Kindern, Gewalt oder finanzielle Belastungen – die schützende Funktion der Familie deutlich schwächen (vgl. Calmbach et al. 2024: 11, 228–229; BMFSFJ 2024a: 15–18; Steinhauer et al. 2025: 18–22; DJI 2024b: 17–18; Heinrich & Volf 2022: 7; Meysen et al. 2022: 87–90; WD 2024: 6).

Alltagsorganisation und Bildungsunterstützung

Zeit, feste Abläufe und die Beteiligung der Eltern helfen Kindern beim Aufwachsen und Lernen, aber nicht alle Familien haben die gleichen Möglichkeiten: Wenig Geld, wenig Zeit, viele Aufgaben und fehlender Zugang zu entsprechenden Informationen erschweren es, Kinder beim Lernen zu unterstützen und Förderangebote zu nutzen. Diese Mikroprozesse spiegeln gesellschaftliche Ungleichheiten im Familienalltag. Die Arbeitsteilung in Familien bleibt nach wie vor geschlechtlich geprägt, und nach Geburten zeigt

sich häufig eine Rückkehr zu traditionellen Rollenmustern. Beides ist eng verzahnt mit der sozioökonomischen Benachteiligung von Frauen (vor allem als Mütter im Phänomen *child penalty*¹). Ob Familien gleichberechtigt arbeiten, hängt auch von der vorhandenen Infrastruktur ab, zum Beispiel Betreuung, Ganztagschulen und Verkehrsverbindungen – im Osten gibt es historisch mehr Angebote, auf dem Land sind lange Wege oft ein Hindernis (vgl. DJI 2024b: 67; Birkelbach, Dobischat & Dobischat 2017: 161, 165 f., 18, 110, 122, 146; Funcke & Menne 2023: 11; BMFSFJ 2024a: 98, 111 f., 115–117; BMFSFJ 2023: 23–25; Rathmann, Bründel & Hurrelmann 2024: 83; Bertram 2009: 42–47; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024: 143–144).

Raum als Sozialisationsbedingung (Ost/West; Stadt/Land)

Ost/West: Nachwirkungen der Wendejahre

Dies zeigt sich in anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden, zum Beispiel in der Abwanderung junger Menschen, der Altersstruktur der Bevölkerung und in den Arbeitsmarktbedingungen. Pauschale Vorwürfe an Familien sind nicht angemessen, denn die Unterschiede entstehen hauptsächlich durch strukturelle Bedingungen, nicht durch individuelle Defizite.

Ostdeutsche Familien sind tendenziell seltener verheiratet, weisen einen höheren Anteil an Alleinerziehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften auf. Obwohl sich die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern verbesserte, liegt das Durchschnittsvermögen ostdeutscher Haushalte bei weniger als 50 % des westdeutschen Werts. Löhne sind im Schnitt 30 % niedriger. Bemerkenswert ist die höhere Erwerbstätigkeit ostdeutscher Mütter heute und dass sie im Durchschnitt länger arbeiten, während westdeutsche Familien historisch lange vom Modell des männlichen Alleinverdieners geprägt waren (vgl. BMFSFJ 2024a: 37–39, 75 f.; BMFSFJ 2024b: 227–230; BMFSFJ 2022: 36 f.; Bundesregierung 2024: 47, 74–75; Rathmann, Bründel & Hurrelmann. 2024: 79, 116; Pfahl et al. 2023: 23 f.; Jugendteilhabeatlas 2025: 25).

Stadt/Land: prägender Einfluss auf familiäre Sozialisationsbedingungen

Urbane Räume, insbesondere in westdeutschen Großstädten, bieten zwar eine dichte Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitlandschaft, stehen jedoch unter Druck durch soziale Segregation² und hohe Wohnkosten. Nachteile für junge Menschen ärmerer Viertel äußern sich infolgedessen unter anderem in Form niedrigerer Kita-Betreuungsquoten, geringerer Übergangsquoten

1 Die *child penalty* (deutsch: Kinderstrafe oder Elternschafts-Malus) bezeichnet den negativen und oft dauerhaften Effekt, den die Geburt eines Kindes auf Karriere und Einkommen von Eltern haben kann. Obwohl beide Elternteile betroffen sein können, sind es insbesondere Mütter.

2 Segregation meint hier, dass benachteiligte Familien in bestimmten Stadtvierteln konzentriert leben, weil sie sich anderswo teurere Wohnungen nicht leisten können oder dort ausgeschlossen werden.

auf das Gymnasium und durch einen geringeren Zugang zu kulturellen und sportlichen Angeboten.

Im Gegensatz dazu sind ländliche Räume – häufig, aber nicht ausschließlich, im Osten – mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert. Große Distanzen, schwache Infrastruktur, zurückgebauter öffentlicher Nahverkehr und eine geringere Dichte sozialer und kultureller Angebote schränken junge Menschen systematisch ein. Diese Defizite tragen dazu bei, dass viele Jugendliche ihre Region als benachteiligt wahrnehmen und ihre Zukunft eher in der Stadt sehen; insbesondere junge Frauen wandern ab. Damit verlieren diese Regionen nicht nur potenzielle Gründer:innen, Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte. Die Abwanderung kann Alterskohorten ausdünnen und soziale und familiäre Unterstützungsnetzwerke schwächen, die zur Bewältigung ländlicher Nachteile benötigt werden – mit möglichen Folgen für die Zukunftsfähigkeit der Region (vgl. Jugendteilhabeatlas 2025: 32–34, 51; Beierle, Hoch & Reißig 2019: 42 f.; vbw 2019: 126; Helbig, Konrad & Nikolai 2018: 1, 19; Böttcher et al. 2022: 8; Forell et al. 2023: 20 f.; Beierle, Tillmann & Reißig 2016: 28–30, 38; Bundesregierung 2024: 74–75; Becker & Moser 2013: 84–90).

Überlagerungen und kumulative Effekte

Regionale Unterschiede und soziale Lebenslagen wirken zusammen und können sich gegenseitig verstärken. In ostdeutschen ländlichen Gebieten ohne städtische Zentren überlagern sich Abwanderung, ungünstige Arbeitsmarktstrukturen und Infrastrukturengpässe. In vor allem westdeutschen Metropolen hingegen entsteht konzentrierte Benachteiligung durch Segregation und hohe Wohnkosten, wenngleich soziale Segregation auch in ostdeutschen Städten zunehmend ein Problem darstellt. Diese Zusammenhänge zeigen, dass Ressourcen regional gezielt eingesetzt werden müssen, um ungleiche Bedingungen auszugleichen (vgl. Bundesregierung 2024: 74–76; Breiting et al. 2025: 4–6, 30–35; Helbig, Konrad & Nikolai 2018: 19; Böttcher et al. 2022: 8; Forell et al. 2023: 20 f.).

Zwischenfazit Familie

Familiäre Sozialisation bewegt sich zwischen den individuellen Handlungsspielräumen und den Einflüssen sozialer und struktureller Rahmenbedingungen. Folgende Befunde bündeln den Stand:

1. **Die soziale Lage bestimmt, welche Ressourcen Familien im Alltag haben:** Armut und hohe Kosten belasten Familien, Gesundheit sowie Bildungschancen und erhöhen den Bedarf an unterstützenden Beziehungen.

2. **Die Qualität der Beziehungen innerhalb der Familie bleibt der wichtigste Schutzfaktor:** Sie kann materielle Mängel teilweise ausgleichen, ist aber nicht unbegrenzt belastbar.
3. **Raum beeinflusst Chancen:** Die vorhandene Infrastruktur, Mobilität und lokale Angebote bestimmen, wie gut Menschen teilhaben können. Teils mit deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West sowie zwischen Stadt und Land. In ostdeutschen Flächenländern wirken Abwanderung, eine ältere Bevölkerungsstruktur und eine dünne Infrastruktur zusammen, während sich in westdeutschen Großstädten soziale Segregation und hohe Wohnkosten besonders konzentrieren. Diese räumlichen Unterschiede helfen bei der Analyse, ohne die inneren Unterschiede innerhalb der Regionen zu übersehen.
4. **Einwanderungsgeschichte und Gender als Querschnittsthemen:** Der Zugang zu Frühen Hilfen, Betreuungs- sowie Gesundheits- und Bildungsangeboten hängt von Sprache, rechtlichem Status, sozialen Netzwerken und Erreichbarkeit ab. Diese Angebote sind räumlich ungleich verteilt und werden zusätzlich von der sozialen Lage beeinflusst. Gleichzeitig bestimmt die geschlechtsspezifische Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit, wie Familien ihre Zeit einteilen. Das wirkt sich auf die Beteiligung der Eltern, die Anerkennungserfahrungen der Kinder und die Belastung von Müttern und Vätern aus – fast immer zulasten der Mütter.
5. **Schlussfolgerung:** Damit familiäre Sozialisation gut gelingt, braucht es stabile Beziehungen innerhalb der Familie und gerechte äußere Bedingungen. Alle Familienformen müssen dauerhaft durch armutsfeste Absicherung entlastet werden. Außerdem sind dichte Versorgungsangebote, barrierefreie Zugänge (einschließlich sprachsensibler und digitaler Angebote) sowie eine klare Orientierung nach Region und sozialer Lage erforderlich.

In strukturschwachen ostdeutschen Landkreisen kumulieren niedrige Einkommen, Abwanderung und begrenzte Infrastruktur, während vor allem in westdeutschen Großstädten hohe Wohnkosten und Segregationsprozesse andere Formen von konzentrierter Benachteiligung hervorbringen.

II. Schule als sekundäre Sozialisationsinstanz

Neben der Familie übernehmen Bildungseinrichtungen zentrale Funktionen in der Persönlichkeitsentwicklung. Da fast alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland einen Großteil ihrer prägenden Lebensjahre in der Schule verbringen, wird diese im Folgenden als die zentrale Sozialisationsinstanz im Bildungsbereich betrachtet; der Fokus liegt auf allgemeinbildenden Schulen.

Schule strukturiert Alltagsroutinen, vermittelt systematisch Wissen, soziale Rollen und Leistungsnormen, eröffnet Räume für Anerkennung, Teilhabe, Partizipation und Selbstwirksamkeit. Sie ist zentraler Ort zur Bewältigung jugendlicher Entwicklungsaufgaben. Besonders das Qualifizieren – als Erwerb von Bildung und berufsrelevanten Kompetenzen – bildet eine zentrale Anforderung (vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 108, 165–176).

Als institutioneller Mikrokosmos der Gesellschaft spiegeln Bildungseinrichtungen gesellschaftliche Verhältnisse wider und eröffnen Potenziale zur Emanzipation. Schule ist mehr als Kompetenzmessung: Sie ist ein Lern- und Lebensort der Teilhabe eröffnen kann. Dieses Verständnis steht in der Aufklärungstradition eines umfassenderen Bildungsbegriffs und wird im MpR als Passung von innerer und äußerer Realität gefasst. Wo Steuerung nur auf Output zielt, werden Ursachen von Ungleichheit ausgeblendet und der Anspruch gerechter Bildung verfehlt (vgl. Bayer 2025: 7 f., 20 f., 113 f.).

Multiple Herausforderungen

Das deutsche Schulsystem steht vor multiplen, sich überlagernden Herausforderungen, die sich im Schulalltag verdichten. Digitalisierung, demografischer Wandel, Lehrkräftemangel oder Pandemiefolgen belasten das System Schule und können gesellschaftliche Problemlagen zuspitzen. Als zentrale Herausforderungen werden im Weiteren folgende verhandelt:

- **Bildungsungleichheit:** strukturelle Ungleichheiten durch frühe Selektion und soziale Herkunftseffekte wie Familienarmut
- **Integration und Inklusion:** Umgang mit superdiversen und fragmentierten Kindheiten als Herausforderung im Klassenzimmer
- **Lehrkräftemangel:** drängendstes Problem im deutschen Bildungssystem, das in besonderem Maße allgemeinbildende Schulen betrifft

- **Digitalisierung:** kultureller Wandel mit Chancen, aber auch Risiken neuer Bildungsungleichheiten
- **Psychische Gesundheit:** zunehmende psychosoziale Belastungen bei Schüler:innen und unzureichende Versorgung Betroffener

Diese Herausforderungen finden vor dem Hintergrund steigender gesellschaftlicher Erwartungen statt. Während Schulen früher Vorleistungen der Familien erwarten konnten, kehrt sich dies zunehmend um: Schulen sollen Wissen vermitteln, Integration fördern, Demokratie und Resilienz stärken (vgl. El-Mafaalani, Kurtenbach & Strohmeier 2025: 152 f.).

Strukturelle Rahmenbedingungen schulischer Sozialisation

Bildungsungleichheit und Segregation

Bildungsungleichheit entsteht nicht nur im Klassenzimmer: Die soziale Herkunft prägt Bildungswege weiterhin stark. In benachteiligten Schulumilieus kumulieren Problemlagen, während Ressourcen knapp sind. Schulleitungen bewerten das Bildungssystem mehrheitlich als ungerecht (vgl. Fichtner et al. 2025: 6; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024: 7; Forell et al. 2024: 52).

Lehrkräftemangel als Achillesferse

Bundesweit berichten Schulleitungen vom Personalmangel als größter Hürde. An sogenannten Brennpunktschulen sind Belastungen besonders hoch. Unterrichtsausfall ist verbreitet: 22 % der Schüler:innen erleben wöchentlich 3–4 Stunden Ausfall, weitere 42 % 1–2 Stunden. Der Personalmangel betrifft neben Lehrkräften auch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie (vgl. Braun, Pfänder & Ulmer 2025: 10–11, 25–28; Fichtner et al. 2025: 6, 21; GEW 2025; Robert Bosch Stiftung 2024: 52).

Digitalisierung als Strukturaufgabe

Die Kultusministerkonferenz definiert Medienbildung als Querschnittsauftrag. Die COVID-19-Pandemie wirkte als Katalysator sowie als Brennglas für Ausstattungs- und Kompetenzdefizite. Ohne finanzielle Förderung und digitalkompetentes Personal drohen digitale Ungleichheiten sich zu verstärken (vgl. Fichtner et al. 2025: 23, 58 f.; KMK 2021; KMK 2016: 11, 25).

Infrastruktur und Datenlage

Sanierungsstau, unzureichende Lernumgebungen und fehlende flexible Mittel behindern Schulentwicklung, besonders im Grundschulbereich. Zugleich fehlen kohärente Monitoring-Systeme, die zu einer unzureichenden Datenlage in Bund und Ländern führen (vgl. El-Mafaalani, Kurtenbach & Strohmeier 2025: 156; Fichtner et al. 2025: 21; Braun, Pfänder & Ulmer 2025: 40; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024: 28 f.; El-Mafaalani 2023).

Binnenstrukturen und Alltagserfahrungen

Anerkennung vs. Selektion

Schüler:innen erleben Ungleichheit nicht abstrakt, sondern direkt im Klassenzimmer: in Erwartungshaltungen, Bewertungen, Sprache und Schulklima. Ob Schule als fair und fördernd wahrgenommen wird, entscheidet sich an Anerkennungserfahrungen oder an subtilen Entwertungen, die Bildungsarmut biografisch verfestigen können. Dies trägt mit dazu bei, dass gleiche Anstrengung je nach Herkunft und Passung zur Schulkultur unterschiedlich wirkt. Entscheidend sind Lehrkräfte, die Vertrauen in die Potenziale junger Menschen haben, klare Erwartungen formulieren und Feedback geben. Wo pädagogische Präsenz durch Personalmangel brüchig wird, geraten Entwicklungsaufgaben unter Druck, die Risiken für Rückzug und Misserfolg steigen. Beziehungskultur, Klassenführung und multiprofessionelle Teams gewinnen entsprechend an Bedeutung (vgl. Calmbach et al. 2024: 227 f., 238; Quenzel & Hurrelmann 2022: 226; Hurrelmann & Bauer 2018: 76–78).

Leistungsdruck und Wohlbefinden

Viele Jugendliche berichten von hoher Belastung und niedriger Lebensqualität. Besonders dort, wo Lernlücken und psychosoziale Stressoren zusammenfallen, kippt der Alltag – Schule wird dann eher Ort der Überforderung als Unterstützung (vgl. Robert Bosch Stiftung 2024: 18 f., 24–26; Calmbach et al. 2024: 228–229).

Diskriminierung, Mobbing und der Schutzfaktor Beziehung

Alltagserzählungen markieren Mobbing, Ausschlüsse und Diskriminierung als wiederkehrende Erfahrungen. Zugleich bleibt die Hemmschwelle hoch, Hilfe in der Schule zu suchen. Entscheidend ist ein vertrauensvolles Klima, stabile Bezugspersonen, klare Grenzziehung und niedrigschwellige Hilfenwege für Betroffene (vgl. Steinhauer et al. 2025: 50, 65, 71; Robert Bosch Stiftung 2025: 9, 12, 14; Calmbach et al. 2024: 161, 242).

Superdiversität im Klassenraum

Fragmentierte und superdiverse Alltage erweitern das Spektrum an Lernvoraussetzungen erheblich. Gute Schule organisiert Zugehörigkeit aktiv: Sprach- und Lernunterstützung, klare Routinen, Feedbackkultur und echte Mitgestaltung. So werden Differenzen nicht zum Defizit – auch und gerade in Klassen mit hoher Einwanderungsgeschichte (vgl. El-Mafaalani, Kurtenbach & Strohmeier 2025: 65–86; Robert Bosch Stiftung 2024: 83–85; Hurrelmann & Bauer 2018: 165–176).

Selbstwirksamkeit und Partizipation

Wo Jugendliche mitgestalten, steigt Zugehörigkeit. Partizipation puffert Ohnmachtsgefühle und stärkt Resilienz. Das braucht Zeitfenster, Ansprechpersonen und Rückkopplung. Die Mitwirkung junger Menschen muss spürbare

Folgen haben (vgl. Robert Bosch Stiftung 2025: 92–96; Robert Bosch Stiftung 2024: 83–85).

Raum als Sozialisationsbedingung (Ost/West; Stadt/Land)

Erfahrungen sind räumlich geprägt: In westdeutschen Metropolen verdichten sich Segregation und Konkurrenz; in ostdeutschen Flächenlandkreisen prägen Distanzen, dünne Netze und Personallücken den Schulalltag. Diese räumlichen Konstellationen erklären, warum Anerkennung, Unterstützung und Zugehörigkeit je nach Ort unterschiedlich gelingen (vgl. Helbig, Konrad & Nikolai 2018: 1, 19; Forell et al. 2023: 53, 56 f.).

Ganztag: Ost-West-Differenz

In der Primarstufe nutzen in Ostdeutschland 84 % der Kinder Ganztagsangebote (Elternwunsch 88 %), in Westdeutschland rund 50 % (Elternwunsch 58 %) – historisch gewachsene Strukturen wirken fort. Damit unterscheiden sich Lernzeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Förderchancen (Autor:inengruppe Bildungsberichterstattung 2024: 143–144).

Demografie und Schulnetze

Während westdeutsche Länder, insbesondere Stadtstaaten und Großstädte wachsende Schüler:innenzahlen verzeichnen, wird in ostdeutschen Flächenländern nach 2027 ein Rückgang erwartet. Der Schulrückbau seit den 90er-Jahren führte zu Zentralschulen mit großen Einzugsgebieten und lange Wege begrenzen nicht nur Teilnahmechancen. Digitale Kompensationslösungen sichern punktuell Unterricht, ersetzen aber keine lokale Bildung (vgl. KMK 2024: 6; Statistisches Bundesamt o.J.; Beierle, Hoch & Reißig 2019: 42 f.; vbw 2019: 126).

Lehrkräftebedarf: Ost stärker altersbedingt belastet

Im Osten ist der Anteil über 55-jähriger Lehrkräfte hoch; Verrentungswellen treffen auf geringe Nachwuchszahlen. Im Westen treibt Wachstum den Bedarf. Hier drohen Qualitätsverluste und vertiefte Ost-West-Differenzen (Geis-Thöne 2022: 30 f.).

Segregation und Vielfalt

Städtische Räume bieten Vielfalt und spezialisierte Angebote, kämpfen aber mit sozialer Segregation. Ländliche Räume – häufig ostdeutsch – leiden unter großen Distanzen und geringerer Angebotsdichte, die Begegnungen mit gesellschaftlicher Diversität sind seltener (Schneider, Bürer & Glorius 2021: 33 f.; SVR 2013).

Ost-West-Paradox der Gymnasialquoten

In Ostdeutschland besuchen Jugendliche der zweiten Generation mit Einwanderungsgeschichte häufiger ein Gymnasium ($\approx 56\%$) als Gleichaltrige

ohne Einwanderungsgeschichte ($\approx 45\%$); in Westdeutschland liegt die Gymnasialquote derselben zweiten Generation bei $\approx 28\%$, während der Anteil der Jugendlichen ohne Einwanderungsgeschichte deutlich höher ist. Erklärungen verweisen auf geringere soziale Ungleichheit und andere Zuwanderungsprofile im Osten (Winkler, Jansen & Edele 2022: 134–139).

Zwischenfazit Schule

Schulische Sozialisation steht im Spannungsfeld individueller Lernvoraussetzungen, institutioneller Steuerung und sozialräumlicher Bedingungen. Folgende Befunde bündeln den Stand:

1. **Schule als vermittelnde Instanz:** Schule wirkt auf junge Menschen an der Schnittstelle von äußeren Bedingungen und innerer Verarbeitung. Entscheidend ist die Passung zwischen Anforderungen und verfügbaren Ressourcen – nicht allein messbarer Output. Bildung ist ein umfassender Prozess, der Teilhabe ermöglicht.
2. **Beziehungen als Infrastruktur, Lehrkräftemangel als Kippfaktor:** Verlässliche pädagogische Beziehungen sind Schutzfaktor. Lehrkräftemangel (inkl. fehlender Schulsozialarbeit/-psychologie) kann diese Verbindlichkeit untergraben und Schule vom kompensierenden Möglichkeitsraum zum Ungleichheitsverstärker kippen. Diese Spannung zeigt sich eher im Osten sowie bei sogenannten Brennpunktschulen.
3. **Raum formt Chancen:** Ost/West- und Stadt/Land-Profile prägen Ganztag, Demografie, Schulnetze, Wege sowie Segregation und damit Lern- und Zugehörigkeitschancen. Gerechte Steuerung heißt: Ungleiches ungleich behandeln (Sozialindex, standortspezifische Ressourcen, multiprofessionelle Teams etc.).
4. **Einwanderungsgeschichte und Gender als Querschnittsthema:** Superdiversität ist Normalfall. Wirksam wird Schule, wenn Sprach-, Lern- und Anerkennungsunterstützung Zugehörigkeit erfahrbar macht und das unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus. Differenzen dürfen nicht zu Benachteiligungen führen, die Wohnadresse nicht über Bildungschancen und über die Zukunft junger Menschen entscheiden.
5. **Monitoring und Basisinfrastruktur als Voraussetzung:** Ohne verlässliche Daten- und Entwicklungssteuerung sowie sanierte, lernförderliche Umgebungen bleiben Reformen reaktiv. Kohärentes Monitoring und flexible Mittel sind Grundbedingungen gelingender Schulentwicklung.
6. **Implikation:** Gelingende schulische Sozialisation braucht beziehungsstarke Settings und faire Bedingungen: Indexbasierte

Ressourcenverteilung, multiprofessionelle Teams, qualitativ hochwertigen Ganztags und eine raumsensible Steuerung entlang Ost/West und Stadt/Land sowie mit besonderer Priorität dort, wo Belastungen kumulieren.

Das deutsche Schulsystem steht vor multiplen und sich gegenseitig überlagernden Herausforderungen, die sich im Schulalltag verdichten und auf junge Menschen einwirken.

Fünf Stressoren treffen im Alltag aufeinander:
Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall;
ungleich verteilte Ressourcen und
Segregation; Integrations-, Inklusions- und
Sprachförderaufgaben; Digitalisierung mit
Infrastruktur- und Kompetenzlücken;
steigende psychische Belastungen. Diese
Gemengelage verdichtet sich in überfüllten
Klassen, instabilen Lernsettings und
brüchigen Beziehungen – mit spürbaren
Folgen für Bildungswege, Teilhabe und
Selbstwirksamkeit junger Menschen.

III. Partizipieren als Entwicklungsaufgabe

Partizipieren ist eine der zentralen Entwicklungsaufgaben. Hierbei geht es um die Herausbildung eines eigenen Werte- und Normengerüsts sowie um die Kompetenz, gesellschaftliche Verhältnisse aktiv zu beeinflussen (vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 109 f.). Darunter fallen alle freiwilligen Handlungen, mit denen Menschen politische und gesellschaftliche Ergebnisse mitsteuern (vgl. DJI 2024b: 33) – nicht nur in formalen Institutionen, sondern in vielfältigen Kontexten von Familie und Schule bis hin zu zivilgesellschaftlichen Räumen. In diesem Sinne befähigt gelingendes Partizipieren,

„seine eigenen Bedürfnisse und Interessen in der Öffentlichkeit zu artikulieren sowie durch seine bürgerschaftliche Beteiligung gleichzeitig zur Stärkung der Selbststeuerungsfähigkeit der Gesellschaft beizutragen“ (Hurrelmann & Bauer 2018: 109).

Strukturelle Rahmenbedingungen des Partizipierens

Demografische Minderheitenposition und Repräsentationslücke

Einerseits sind junge Menschen zahlenmäßig marginalisiert im Verhältnis zur restlichen Bevölkerung. Während 1950 auf jede:n über 65/67-Jährige:n rund 3,8 Personen unter 20 Jahren kamen, ist das Verhältnis bis 2025 auf 0,8 gesunken. Bis 2050 wird es sich wohl auf 0,56 verringern. Unter den Bedingungen ist die Folge eine weiterhin ungenügende Repräsentanz der Interessen junger Menschen, da sich die Politik tendenziell an den größeren Wähler:innengruppen orientiert (vgl. Statistisches Bundesamt 2025, G2, L2, W1).

Andererseits zeigt sich ihre Marginalisierung auf politischer Ebene. Das je nach Bundesland und Wahl ungleiche Wahlalter untergräbt das Prinzip der Wahlrechtsgleichheit und suggeriert, dass nicht alle Wahlen gleich wichtig sind. Zudem sind junge Menschen in Parlamenten und Parteien unterrepräsentiert. Das Durchschnittsalter im Bundestag stagniert bei knapp unter 50 Jahren, nur 5,1 % der Abgeordneten des 21. Deutschen Bundestages sind jünger als 30 Jahre. Die Mitglieder politischer Parteien weisen einen ähnlich Altersschnitt auf (49–62 Jahre). Einzige Ausnahme: Die Linkspartei (39 Jahre). Eine glaubhafte Repräsentation der Interessen Jüngerer ist entsprechend unwahrscheinlich (vgl. Statista 2025b, Scheuermann 2025; Roth 2023: 3, 7, 23f.).

Diese doppelte Marginalisierung degradiert junge Menschen zu passiven Empfänger:innen politischer Entscheidungen und erschwert es, die für ihre Entwicklung wichtigen Wirksamkeitserfahrungen zu machen.

Sozialisationskontexte der Partizipation

Ob junge Menschen erfolgreich lernen, sich einzubringen und mitzubestimmen, hängt stark davon ab, in welchen Kontexten sie aufwachsen. Ein Blick auf diese zeigt, dass Partizipation oft eher symbolisch als wirksam ist.

Familie gilt als erstes Übungsfeld für Partizipation, in welchem junge Menschen Mitbestimmung erlernen. Zwar haben sie oft ein Mitspracherecht, doch ist dieses beschränkt auf bestimmte Themen. Mehr familiäre Mitbestimmung wünschen sich primär Mädchen und junge Frauen (vgl. BMBFSFJ 2025: 77 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 200; Haug 2025: 383–388).

Frühkindliche Mitbestimmung in Kitas gilt als essenziell für die Entwicklung demokratischer Teilhabe. Die UN-Kinderrechtskonvention fordert erweiterte Mitbestimmungsrechte, die über symbolische Handlungen hinausgehen. Der Grad an Mitbestimmung variiert stark unter den Einrichtung (vgl. BMBFSFJ 2025: 78–81; BMFSFJ 2024b: 186; Jugendteilhabeatlas 2025: 27).

Schule wird als Lernort der Demokratie bezeichnet. In der Realität variiert diese Qualität jedoch stark. Häufig ist Partizipation auf formale Strukturen wie Schüler:innenvertretungen beschränkt, deren Einfluss begrenzt ist. Wirksame schulische Partizipation bleibt eine Ausnahme (vgl. BMBFSFJ 2025: 82–84; Steinhauer et al. 2025: 6, 49–54, 64; Calmbach et al. 2024: 244–251).

Kinder- und Jugendarbeit ist ein Bindeglied zwischen den Lebenswelten junger Menschen und Zivilgesellschaft. Sie soll „*eigenständig gestaltbare und auslotbare Erfahrungsräume*“ (BMFSFJ 2024b: 366) bieten, die Partizipation abseits der Erwartungen von Erwachsenen ermöglichen. Dieses Potenzial wird nicht immer vollständig genutzt, besonders in Regionen mit wenig Infrastruktur oder knappen Ressourcen. Außerdem werden Beteiligungsprozesse in der Praxis oft noch von Erwachsenen dominiert (vgl. BMBFSFJ 2025: 79; BMFSFJ 2024b: 363; Jugendteilhabeatlas 2025: 7, 49, 68–71).

Infrastrukturelle Voraussetzungen der Partizipation

Die Partizipation junger Menschen ist keine reine Frage von Rechten und Engagement, sondern hängt auch von Orten, Mobilität und Fachkräften ab.

Junge Menschen benötigen soziale Räume außerhalb von Familie und Schule, in denen sie sich entfalten und Erfahrungen machen können. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit dienen hierfür als „Schutzräume“, doch sind ihre Angebote oft regional unterschiedlich verteilt: In ländlichen Gebieten gibt es weniger Angebote als in städtischen Gebieten. Dieser Mangel trägt dazu bei, dass ländliche Regionen für junge Menschen unattraktiver werden und Abwanderung zunimmt (vgl. BMFSFJ 2024b: 123, 232–239, 493; Jugendteilhabeatlas 2025: 7, 49, 68–71; Voigts & Blohm 2024: 92, 153).

Geringe Mobilität stellt vor allem im ländlichen Raum ein Hindernis für Partizipation dar. Während Jugendliche in Städten von einer hohen Dichte und

Vielfalt an Parteien, Vereinen und Angeboten profitieren und Veranstaltungen eigenständig erreichen können, ist das ländliche Angebot oft begrenzt. Dort konzentriert sich Engagement häufig auf unmittelbare Dorf- und Kommunalpolitik, was den Zugang zu überregionaler Teilhabe stark einschränkt (vgl. Jugendteilhabeatlas 2025: 42 f., 51, 62, 71; Voigts & Blohm 2024: 136 f.).

Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit sind entscheidend, um jungen Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben zu helfen und Beteiligung zu fördern. Ihre Arbeit schafft Räume für eigenständige Erfahrung und Persönlichkeitsentwicklung, losgelöst von erwachsenen Erwartungen. Fachkräftemangel und Haushaltskürzungen erschweren diese Arbeit erheblich, was sich auf die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen niederschlagen dürfte. Das gefährdet soziale Orte als Räume der Persönlichkeitsentwicklung – gerade für benachteiligte junge Menschen, die auf diese Angebote besonders angewiesen sind (vgl. Quenzel & Hurrelmann 2022: 28, 231–233; BMFSFJ 2024b: 363, 366, 490, 492, 504; Voigts & Blohm 2024: 37 f., 77, 82, 153).

Die Polykrise als Rahmenbedingung der Partizipation

Im politischen Diskurs werden junge Menschen oft als Objekte gesellschaftlicher Erwartungen wahrgenommen und nicht als Gestalter:innen ihrer Zukunft. Dies zeigen Debatten um Dienstverpflichtungen und Wehrpflicht. Von ihnen wird Solidarität und Gemeinsinn eingefordert, während sie selbst wenig Solidarität erfahren. Die Politik sieht in ihnen eine Ressource in Zeiten von Fachkräftemangel und Aufrüstung. Sie sollen nützlich sein, ohne mitzuentscheiden. Eine Schieflage, die auf eine intergenerationelle Ungleichheit und demokratische Erosion verweist (vgl. Löwisch 2023; BMFSFJ 2024b).

Paradoxe politische Distanz

Junge Menschen zeigen ein hohes Problembewusstsein und Engagementbereitschaft bei gleichzeitig geringen Wirksamkeitserfahrungen. Dabei sind diese so entscheidend: Wo Erwachsene verlässlich reagieren und Entscheidungen sichtbar angepasst werden, steigt das Gefühl der Selbstwirksamkeit an. Bleiben Rückmeldungen aus, wächst Frustration. Geschieht letzteres, distanzieren sich junge Menschen eher von politischen Institutionen wie Parteien. Politik empfinden sie als behäbig, als ineffektiv beim Lösen von Krisen. Das Gefühl, während der COVID-19-Pandemie bei politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, hat bei vielen jungen Menschen den Eindruck verstärkt, dass ihre Anliegen kaum gehört oder berücksichtigt werden. (vgl. Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 38, 67, 100, 266, 271; Calmbach et al. 2024: 166 f., 304 f.; DJI 2024b: 34 f.; Döbele et al. 2023: 18 f.; Reinhardt, Friedrich & Mullis 2022: 12).

Vulnerabilität und extrem rechte Angebote

Wird die Entwicklungsaufgabe der Partizipation nicht in demokratischen Kontexten bewältigt, können extrem rechten Ideologien eine, wenn auch zerstörerische, Option bieten. Sie füllen Partizipationslücken mit Zugehörigkeitsversprechen und scheinbarer Handlungsfähigkeit. Diese Scheinpartizipation befriedigt oberflächlich das Bedürfnis nach Sinnsuche und Gemeinschaft. Doch führt sie nicht zu echter Teilhabe, sondern zur Unterwerfung unter autoritäre Strukturen, die Menschen ungleichwertig behandeln. Diese Scheinlösung verhindert die Bewältigung der Entwicklungsaufgabe somit auf anderen Wegen (vgl. Keil 2020: 38, 40; Handle & Scheuble 2021: 5–7; Allroggen et al. 2021: 9, 30).

Raum als Partizipationsbedingung (Ost/West; Stadt/Land)

Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen sind räumlich ungleich verteilt und maßgeblich durch historische, geografische Faktoren und sozioökonomische Bedingungen beeinflusst. Raum ist somit keine neutrale Kulisse, sondern ein Kontext, der mitentscheidet, ob Partizipation gelingen kann.

Die historische Dimension (Ost/West)

Die Partizipationslandschaft ist geprägt von der historischen Teilung Deutschlands. In der DDR war die Gesellschaft von einer umfassenden staatlichen Einflussnahme durch parteinahe Massenorganisationen geprägt. Dies förderte eine Kultur der Angleichung und Konformität, während individuelle Eigeninitiative eher gehemmt wurde.

Auch die basisdemokratischen Beteiligungsformate, die im Osten der Wendezeit entstanden, wurden zurückgedrängt – diesmal seitens der BRD. Die „*ausgebremste[] Demokratisierung*“ (Mau 2024: 40 f.) führte zur Entpolitisierung vieler Ostdeutscher, die sich gerade als politische Subjekte entdeckten. Diese gehemmte Selbstermächtigungserfahrung mit ihren Folgen für das Selbstwertgefühl und die politische Selbstwirksamkeit im Osten trug zur bis heute anhaltenden „*zivilgesellschaftlichen Formschwäche*“ im Osten bei (Mau 2024: 51, 40–43; vgl. Arnhold 2009: 28; Holtmann 2020: 213).

Die räumliche Dimension (Stadt- und Land)

Die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland orientierte sich historisch stark an städtischen Bedürfnissen, während soziale Folgen des Wandels in ländlichen Gebieten vernachlässigt wurden. Dies führte zu einer erheblichen Diskrepanz in der Angebotsdichte und -qualität. Im ländlichen Raum ist die Angebotsinfrastruktur oft schwächer ausgeprägt. Zudem schränkt fehlende Mobilität den Zugang zu Angeboten ein, die sich in Städten konzentrieren.

Ein paradoxer Effekt ist jedoch, dass ländliche Infrastrukturarmut Quelle für eigenständiges Engagement sein kann: Wo Angebote fehlen, entstehen

Freiräume. Hier können Jugendliche Initiativen ergreifen und Leerstand in Treffpunkte umwandeln – ein erhöhtes Selbstwirksamkeitsgefühl ist die Folge. Damit könnte auch der Gefahr einer Besetzung von „*Brachen im öffentlichen Raum*“ durch extrem rechte Akteure begegnet werden (BMFSFJ 2024b: 123; vgl. BMEL 2025: 9, 11, 93, 129, 164; Jugendteilhabeatlas 2025: 42 f., 51, 62, 71; BMFSFJ 2024b: 232–239).

Zwischenfazit Partizipieren

Die Analyse der Entwicklungsaufgabe des Partizipierens zeigt eine Lücke zwischen dem, was die Gesellschaft erwartet, und den tatsächlichen Möglichkeiten. Um dem zu begegnen, können folgende Aspekte adressiert werden:

1. **Wirksamkeit herstellen statt Symbolik:** Die Partizipation junger Menschen muss als grundlegendes Recht verstanden werden, nicht als freiwilliges „Extra“. Junge Menschen dürfen nicht „nützlich“ gemacht werden, ihre Beiträge müssen als essenziell für die Demokratie Anerkennung finden. Die zentrale Aufgabe besteht darin, eine gute Abstimmung zu erreichen: Politische Beteiligungsrechte, ausreichende Ressourcen und verlässliche Verfahren müssen zusammenwirken, damit Beteiligung als wirksam erlebt wird. Einzelne Maßnahmen reichen nicht aus. Ohne wirksame demokratische Alternativen bleiben (extrem) rechte Angebote eine Option für junge Menschen, die sich nach Zugehörigkeit und Handlungsfähigkeit sehnen.
2. **Infrastruktur verstetigen und demokratisch öffnen:** Es ist entscheidend, dass Infrastrukturen für Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft finanziert und demokratisch zugänglich gemacht werden. Dies erfordert, Leerstände nutzbar zu machen und junge Menschen an deren Gestaltung zu beteiligen. Auch Mobilität und digitale Teilhabe sind Grundvoraussetzungen. Darüber hinaus sind sogenannte „dritte Orte“ wie Cafés, öffentliche Plätze oder der öffentliche Nahverkehr wichtig, da sie zufällige Begegnungen mit Vielfalt ermöglichen und somit Vertrauen und soziale Integration fördern.

3. **Partizipation raumbezogen fördern:** Die räumliche Ungleichheit in Deutschland zeigt, dass der Wohnort nicht darüber entscheiden sollte, ob Menschen Beteiligung erleben können. Deshalb ist eine gezielte, am jeweiligen Ort ausgerichtete Förderung notwendig: Ungleiche Ausgangsbedingungen müssen entsprechend unterschiedlich berücksichtigt werden. In strukturschwachen Regionen müssen gezielt mehr Möglichkeiten geschaffen werden – vor allem durch bessere Orte, Mobilität und ausreichend Fachkräfte. In westdeutschen Großstädten hingegen geht es darum, Barrieren durch soziale Trennung abzubauen, soziale Treffpunkte zu erhalten und genügend Personal bereitzustellen.

Junge Menschen werden in ihrer Teilhabe oft durch strukturelle Hindernisse eingeschränkt, bei gleichzeitiger Erwartung, dass sie aktiv demokratisch mitzuwirken.

Ein Flickenteppich aus inkonsistenten Förderlogiken und politischen Teilhaberechten, unterfinanzierter Infrastruktur und raumbezogenen Disparitäten begrenzt systematisch die reale Mitbestimmung junger Menschen und das zusätzlich zu ihrer bereits demografischen Marginalisierung. Parallel zeigen sich hohes politisches Interesse bei erlebter Ohnmacht und multiple Raumungleichheiten – Faktoren, die Partizipationschancen gerade in benachteiligten Regionen weiter verengen.

IV. Synthese

Das Aufwachsen junger Menschen in Deutschland vollzieht sich im Kontext einer Polykrise. Zugleich stellen sie strukturell wie politisch eine Minderheit dar. Ihre heterogenen Startchancen gehen mit ungleich verteilten Ressourcen einher, die ihren Sozialisationsprozess von Beginn an mitprägen.

Entscheidend für eine gelingende Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ist nach Hurrelmann das Zusammenspiel von eigener Motivation und den tatsächlichen Möglichkeiten in der Umgebung. Sie geraten dort unter Druck, wo strukturelle Defizite den Alltag erschweren und wichtige Einrichtungen oder Unterstützungsangebote knapp werden. Die auf Familien und Schulen wirkenden gesellschaftlichen Bedingungen (z. B. Armut, Lehrkräftemangel, mangelhafte Infrastruktur) äußern sich konkret im Alltag junger Menschen: in ihren subjektiven Erfahrungen, in den ihnen zur Verfügung stehenden Chancen und erlebten Herausforderungen. Hier zeigt sich, ob Kinder und Jugendliche aus ihren Fähigkeiten Anerkennung, Erfolgserlebnisse und neue Kompetenzen gewinnen oder ob vorhandene Defizite sich dauerhaft auf ihre Biografie auswirken. Dabei ist Partizipation wahrscheinlich die empfindlichste Entwicklungsaufgabe, weil sie nicht nur als Einstellung, sondern durch konkrete Erfahrungen von Wirksamkeit erlernt werden muss. Fehlen solche Erfahrungen, wird Beteiligung oft als folgenlos oder nur symbolisch wahrgenommen.

Aus der vorangegangenen Betrachtung der Sozialisationsinstanzen Familie und Schule sowie der Entwicklungsaufgabe des Partizipierens ergibt sich unter anderem die folgende, beispielhafte Kaskade: Ökonomische Belastungen schwächen die Schutz- und Filterfunktion der Familie, die Sozialisation junger Menschen wird erschwert und trifft im weiteren Verlauf auf Schulen. Je nach Personal, Ausstattung und Umgang mit Vielfalt – beeinflusst durch Region (Ost/West, Stadt/Land) – kann Schule bestehende Strukturdefizite ausgleichen oder verstärken. An der Schwelle zur Partizipation kann eine unzureichende Unterstützung durch Familie und Schule dazu führen, dass Jugendliche kaum Anerkennung und Mitbestimmung erfahren. Fehlen diese Erfahrungen, fehlen wichtige Voraussetzungen für wirksames Engagement, und extrem rechte Angebote können als scheinbare Alternative wirken.

Aus diesem Beispiel lassen sich drei zentrale Erkenntnisse ableiten:

1. Familie, Schule und andere Sozialisationsinstanzen machen gesellschaftliche Strukturen für Kinder und Jugendliche erfahrbar und prägen ihre persönlichen Erfahrungen.

2. *Partizipation* ist eine wichtige Entwicklungsaufgabe, die stark an öffentliche Erfahrungen gebunden ist und besonders leicht gestört werden kann.
3. Der Wohn- und Lebensraum beeinflusst systematisch, wie diese Erfahrungen gemacht werden.

Demokratie als Anerkennungsordnung

Demokratiethoretisch steht der Mechanismus der Anerkennung als Basisbedingung im Zentrum: Wo Selbstzuschreibung („Ich kann mitwirken“) und Fremdzuschreibung („Dein Beitrag zählt“) zusammenfallen, kann sich demokratische Teilhabe stabilisieren. Dadurch entwickelt sich eine Anerkennungsstruktur, die Kindern und Jugendlichen Halt gibt, Vertrauen aufbaut, Bindungen stärkt und sie dazu befähigt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Wo dies ausbleibt, entstehen funktionale Paradoxien: Interesse und Verantwortungsbereitschaft treffen auf folgenarme Beteiligung. Ein Rückzug aus gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen kann die Folge sein und der Nährboden für autoritär-nostalgische Deutungen kultiviert sich. Partizipation ist somit nicht nur ein individueller Kompetenztest junger Menschen, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Institutionentest. Die Teilhabe junger Menschen stellt damit keinen pädagogischen Bonus dar, sondern ist ein notwendiges Rechts- und Strukturprinzip moderner Demokratien.

Raum als Passungsfaktor

Der Wohnort beeinflusst, welche Ressourcen, Netzwerke und Angebote verfügbar sind. Ost/West-Unterschiede und Stadt/Land-Kontraste prägen, wie junge Menschen Herausforderungen bewältigen können. Ländliche Gegenden bieten oft starke Bindungen und hohe Sichtbarkeit, können aber auch zu problematischer sozialer Kontrolle führen. Städtische Räume bieten mehr Vielfalt und Chancen, bergen jedoch zugleich das Risiko von Segregation. Die Befunde sind unterschiedlich und hängen vom jeweiligen Kontext ab. Insgesamt zeigen sie, dass einfache Raumkategorien wie „Stadt“ oder „Land“ die Realität nur unzureichend beschreiben.

Diese Erkenntnisse sprechen demnach gegen pauschale Gleichverteilung. Notwendig ist eine gezielte Steuerung, die sowohl den Wohnort als auch soziale Unterschiede berücksichtigt: Mehr Personal, Zeit und Mittel dorthin, wo sich Belastungen häufen, mit aktueller Priorität für Ostdeutschland und ländliche Räume mit dünnen Netzen sowie für segregationsgeprägte Großstadtquartiere. Es ist wichtig, Entwicklungen zu verfolgen und messbare Ziele festzulegen. Absicht ist die alltägliche Sicherung von Anerkennung und Selbstwirksamkeit, damit individuelle Ressourcen unter äußeren

Belastungen nicht kollabieren, sondern wirken. So wird Raum vom Verstärker der Ungleichheit zum Ermöglichungskontext demokratischer Teilhabe.

Gerechtigkeit als Passung von Chancen und Bedingungen

Für das Aufwachsen bedeutet das: Die Fähigkeit junger Menschen, die Realität produktiv zu verarbeiten, darf nicht allein von ihrer persönlichen Resilienz abhängen. Sie benötigen stabile und unterstützende Familien- und Schulumwelten sowie öffentliche Räume, in denen ihre Beiträge ernst genommen werden und Rückmeldungen gesichert sind, um wirksam partizipieren zu können. Demokratie lernt man, indem Beiträge sichtbar wirksam werden – etwa durch verbindliche Jugendbeteiligung mit Mitentscheidungsrechten. Gerade weil junge Menschen eine Minderheit sind, müssen Generationsgerechtigkeit, verbindliche Beteiligungsrechte sowie effektive Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Organisationen ihnen reale Gestaltungsmacht ermöglichen.

Unabhängig von Stadt
oder Land, Ost oder West
gilt: Junge Menschen
brauchen soziale Orte,
damit sie die Entwick-
lungsaufgabe *Partizipa-
tion* erfolgreich meistern
können.

Wo solche Räume fehlen oder schließen, sinken nicht nur Teilhabechancen. Es entstehen Brachflächen im öffentlichen Raum, die demokratische Lerngelegenheiten ausdünnen und als Einfalls-tore für die (extreme) Rechte wirken kann.

V. Handlungsempfehlungen

Die Gesamtschau zeigt, gelingende Sozialisation junger Menschen wird dort möglich, wo eigene Motivation und äußere Rahmenbedingungen aufeinander abgestimmt werden – über die Sozialisationsinstanzen Familie und Schule sowie quer über die Entwicklungsaufgabe Partizipation hinweg, sensibel für Ost/West- sowie Stadt/Land-Unterschiede.

Folgende Empfehlungen zielen dabei auf drei Leitlinien ab: Verbindlichkeit herstellen, raumsensibel steuern, Ungleichheiten vorbeugen. Das Ziel ist es, ungleiche Startlagen nicht zu dauerhaften Schranken in der Biografie junger Menschen werden zu lassen.

1) Repräsentation und Rechte

Eine einheitliche Absenkung des Wahlalters auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene auf mindestens 16 Jahre sowie verbindliche Formen jugendlicher Vertretungen (z. B. Jugendquoten, Zukunftsräte) stärken die politische Mitbestimmung junger Menschen. Dadurch haben junge Menschen früher und öfter Berührung mit demokratischen Verfahren. Wo solche Erstkontakte verlässlich zustande kommen, stabilisieren sich Anerkennungserfahrungen sowie Verantwortungsübernahmen und Beteiligung erscheint wirksamer. In diesem Verständnis spielen Input (Zugang), faire Verfahren und sichtbare Folgen zusammen, sodass politische Sozialisation kontinuierlich erprobt und vertieft wird.

Eine frühe und verbindlich gesicherte Beteiligung junger Menschen stärkt politisches Interesse und ihr Verantwortungsgefühl. Diese Erfahrungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch später beteiligen werden und ihr Engagement über die Jahre hinweg sich eher verfestigt.

2) Sichere finanzielle Grundlagen und Aufstiegsmöglichkeiten

Eine unkomplizierte und sichere Kindergrundsicherung, ergänzt durch ein verbessertes BAföG (mit höheren Beträgen und weniger Abhängigkeit von den Eltern) sowie eine Ausbildungsgarantie, stärkt die finanzielle Grundlage von Familien und Kindern. Wo finanzielle Unsicherheit sinkt, gewinnen Familien ein Mehr an Zeit, gegenseitiger Aufmerksamkeit und zuverlässigere Planbarkeit im Alltags. Diese Entlastung schlägt sich in den Lernumwelten junger Menschen nieder, in denen Bindung und Unterstützung besser gelingen können.

Wenn Familien materiell und zeitlich entlastet werden, verbessert das die Lernbeteiligung und Kontinuität. Höhere Bildungsabschlüsse und gestärktes Selbstvertrauen fördern die Bereitschaft, sich gesellschaftlich einzubringen. So entsteht eine aufeinander aufbauende Abfolge von Entlastung, Kompetenzentwicklung und politischer Teilhabe junger Menschen.

3) Ressourcen gezielt nach Bedarf vor Ort einsetzen

Ressourcen müssen nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ dort eingesetzt werden, wo sie am meisten gebraucht werden. In Städten können Maßnahmen gegen soziale Trennung dafür sorgen, dass die Bevölkerung gemischt bleibt und Übergänge fair sind. Auf dem Land helfen bessere Busverbindungen, Rufbusse, sichere Radwege und digitale Angebote dabei, Entfernungen auszugleichen. Stärken wie Ganztagsangebote in Ostdeutschland können gezielt ausgebaut werden, während die Folgen des wirtschaftlichen Wandels abgefedert werden. Ein Monitoring stellt sicher, dass Mittel dorthin fließen, wo Probleme besonders häufig auftreten.

So entstehen Chancen dort, wo sie bisher fehlen. Familien sind dann weniger auf private Hilfe angewiesen, und Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für alle leichter zugänglich. Wo solche Angebote vorhanden sind, werden Anerkennung, Selbstvertrauen und gesellschaftliches Engagement eher ein Teil des Alltags junger Menschen.

4) Bildungsqualität und Präsenz

Eine Personaloffensive gegen den Lehrkräftemangel und die Stärkung von Schulsozialarbeit und -psychologie sichert die pädagogische Präsenz, insbesondere an Grundschulen und in belasteten Lagen. Wo Unterrichtsausfall reduziert wird und multiprofessionelle Teams etabliert werden, gelingt der Umgang mit superdiversen Kindheiten und die individuelle Förderung von Schüler:innen besser und schulische Übergänge gelingen eher. Ein Ganztag in hoher Qualität entlastet zudem Familien und bietet Zeit und Struktur, um Zugehörigkeit zu erzeugen und Anerkennungserfahrungen zu verdichten.

Stabile pädagogische Präsenz verringert Lernbrüche und erhöht Kompetenzerfolge. Mit wachsender Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit fällt der Schritt in schulische und kommunale Beteiligungsprozesse leichter, wodurch sich demokratische Teilhaberoutinen im Alltag verankern lassen können.

5) Alltagsräume und Beteiligungsverfahren

Dauerhaft finanzierte Kinder- und Jugendarbeit, wiederbelebte Leerstände und niedrigschwellige Zugänge sichern Alltagsorte der Demokratie oder

ermöglichen sie überhaupt. Sogenannte „Dritte Orte“ – von Bibliotheken und Vereinsheimen bis zu öffentlichen Aufenthaltsflächen – sowie ein attraktiver ÖPNV ermöglichen zufällige Begegnungen mit Vielfalt und stiften Vertrauen. Kommunale Beteiligungsprozesse mit klaren Zuständigkeiten, Feedbackpflichten und Jugendbudgets machen nachvollziehbarer, wie Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt oder begründet verworfen werden.

Wo Orte offenstehen und Beteiligungsverfahren verlässlich geschehen, zeigt sich Partizipation als sinnvoll und folgenwirksam. Dies erhöht die Bindung an lokale Institutionen, senkt die Attraktivität folgenarmer oder extrem rechter Angebote und stärkt die Praxis demokratischer Mitgestaltung.

6) Prävention und lernende Steuerung

Demokratiebildung muss entlang der gesamten Bildungskette als Pflichtaufgabe gelten. Dafür bedarf es verbindlicher Kontakte, eine demokratische Streitkultur und Projekte, deren Ergebnisse sichtbar werden. Ein raumsensibles Monitoring mit Indikatoren zu Belastung, Ressourcen, Beteiligung und Wirkung bildet die Grundlage für lernende Steuerung: Wo erwartete Effekte ausbleiben, werden Maßnahmen angepasst. Erfolgreiche Ansätze werden hingegen verstetigt.

Systematische Rückmeldeschleifen schärfen die Zielgenauigkeit der Ressourcenverwendung, stabilisieren Erfahrungsqualität und erzeugen kumulative Vertrauenseffekte. Daraus entwickelt sich eine resilientere Beteiligungskultur, die auch unter Krisenbedingungen trägt.

Wer junge Menschen zum Engagement beschwört, ihnen die Hebel dafür jedoch vorenthält, verwechselt politische Bildung und Teilhabe mit pädagogischem Placebo.

Notwendig ist die flächendeckende Umsetzung vorhandener politischer Beteiligungsrechte, verlässliche Verfahren, ausgestattete Räume sowie eine echte Machtverschiebung zugunsten der jungen Generation. Erst dann wird aus einer Appellpraxis reale Wirksamkeit.

Schlussbetrachtung

Was diese Analyse als Empfehlungen bündelt, wurden vor über 20 Jahren teilweise schon von Klaus Hurrelmann eingefordert – nicht als staatliches Effizienzprogramm, sondern als Gerechtigkeitsgebot, um junge Menschen unfähig in die Gesellschaft zu integrieren. Die Passungslogik zwischen „*persönlicher Individuation und sozialer Integration*“ (Quenzel & Hurrelmann 2022: 97) junger Menschen bleibt dabei der Prüfstein.

Das gemeinsame Ziel ist, die produktive Realitätsverarbeitung nicht dem Zufall individueller Resilienz zu überlassen, sondern sie strukturell zu unterstützen: Durch Familie und Schule, die Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialisation positiv begleiten, und durch öffentliche Arenen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, in denen die Beteiligung junger Menschen als politische Partizipation ernsthaft gewollt ist und wirkliche Folgen hat. Scheitert dies, dann kippt an der Schwelle zur Partizipation die Bilanz: Beteiligung wird als folgenarm oder symbolisch erlebt. Das ist kein individuelles Motivationsproblem junger Menschen, sondern ein gesellschaftliches Strukturproblem.

Die strukturelle Dringlichkeit

In dieser Gesellschaft, geprägt von einer Polykrise, demografischem Wandel, digitaler Transformation und tiefgreifenden sozialen Verwerfungen, bestätigen die bisherigen Ausführungen den Befund der Einleitung: Junge Menschen sind als „*abgehängte Minderheit*“ (Unfried & Welzer 2025) an den Rand politischer Aufmerksamkeit gedrängt – mit ernsthaften Folgen für ihre produktive Realitätsverarbeitung und für die Gesellschaft im Ganzen.

Denn Demokratie reproduziert sich nicht von selbst. Sie braucht Institutionen und Verfahren, die eine Passung zwischen politischem System und dem einzelnen Individuum herstellen und damit absichern, dass junge Menschen Partizipation nicht trotz, sondern durch Familie, Schule und weitere Institutionen wirksam erfahren.

Die politische Konsequenz

Wer junge Menschen zum Engagement aufruft, ihnen aber die dafür nötigen Hebel vorenthält verwechselt politische Bildung und Partizipation mit pädagogischem Placebo. Erforderlich sind verbindliche Beteiligungsrechte, verlässliche Verfahren, ausgestattete Räume und eine spürbare Verschiebung politischer Macht zugunsten der jüngeren Generationen, wie mittels der ausgesprochenen Empfehlung bereits angemahnt.

Wo politische Rechte ohne Ressourcen und ohne verlässliche Verfahren bleiben, entsteht Scheinpartizipation. Wo historisch bedingte Raumungleichheiten fortwirken, entscheidet die Adresse des Elternhauses mit über die je eigene Möglichkeit demokratische Erfahrungen zu machen. Gerechtigkeit hingegen heißt Passung zwischen Person und Gesellschaft zu ermöglichen: Also politische Rechte abzusichern, ausreichend Ressourcen zu hinterlegen, Verfahren zu erzwingen – raumsensitiv, institutionell kohärent und alltagsnah in den ersten Resonanzräumen der Demokratie, in Familie und Schule. Das alles ist keine Option, sondern Voraussetzung dafür, dass Kinder- und Jugendbeteiligung Folgen hat und Anerkennung zur Legitimationsressource wird. Die politische Konsequenz ist die unmissverständliche Verpflichtung, die Repräsentation junger Menschen zu erhöhen, ihre Wirksamkeit zu standardisieren und ihre Grundlagen zu sichern, um sie als strukturelle Minderheit vom Rand in die Mitte der Gesellschaft zu holen.

Die Beteiligung junger Menschen ist nicht primär eine Frage ihrer individuellen Motivation. Beteiligung ist vielmehr eine soziale Frage: Entscheidend ist, ob Politik und Gesellschaft strukturell zu ihrer Verhinderung beitragen oder ob sie dabei helfen, die nötige Voraussetzungen zu schaffen. Gelingt letzteres nicht, bleibt vieles nur eine Sonntagsrede. Am Montag darauf zeigt sich, was seit Jahrzehnten kritisiert wird: Alleingelassene Familien und Kinder in Armutslagen, marode Schulen und ein Lehrpersonal am Limit, eine Fragmentierung in strukturstarke und abgehangte Orte mit defizitäre Partizipationsmöglichkeiten und Wirksamkeitserfahrungen für junge Menschen.

Literaturverzeichnis

Albert, M., Quenzel, G. & de Moll, F. (Hrsg.) (2024): *Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. 19. Shell Jugendstudie. Weinheim/Basel: Beltz.

Allroggen, M., Heimgartner, A., Rau, T. & Fegert, J. M. (2021): *Radikalisierungsprozesse wahrnehmen – einschätzen – handeln. Grundlagenwissen für Ärztinnen und Psychotherapeutinnen*. 2., überarb. Auflage. Ulm: Universitätsklinikum Ulm, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie.

Arnhold, M. (2009): Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft. In: *ifo Dresden berichtet*, 1/2009, S. 28–40. Dresden: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. [online] Verfügbar unter: https://www.ifo.de/DocDL/ifodb_2009_1_28_40.pdf [Zugriff: 19.08.2025].

Autor:innengruppe AID:A [AID:A] (2019): *Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten und Lebensbedingungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): *Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Digitalisierung*. Bielefeld: wbv Media. [online] Verfügbar unter: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024.pdf> [Zugriff: 15.07.2025].

Bayer, M. (2025): *Einführung in die Bildungssoziologie*. 1. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Becker, H. & Moser, A. (2013): *Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern – Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland*. Thünen-Report, Nr. 12. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. DOI: 10.3220/REP_12_2013. [online] Verfügbar unter: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn052561.pdf [Zugriff: 17.08.2025].

Beierle, S., Hoch, C. & Reißig, B. (2019): *Schulen in benachteiligten sozialen Lagen. Abschlussbericht. Untersuchung zum aktuellen Forschungsstand mit Praxisbeispielen*. Halle: Deutsches Jugendinstitut. [online] Verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2019/28019_DJI_Schulen_in_benachteiligten_sozialen_Lagen.pdf [Zugriff: 03.08.2025].

Beierle, S., Tillmann, F. & Reißig, B. (2016): *Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen*. München: Deutsches Jugendinstitut. [online] Verfügbar unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Bericht_Final_JIB.pdf [Zugriff: 10.07.2025].

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung & Wüstenrot Stiftung (2025): *Jugendteilhabeatlas. Aufwachsen in Stadt und Land – regional unterschiedlich?* Berlin. [online] Verfügbar unter: <https://wuertenrot-stiftung.de/publikationen/teilhabeatlas-kinder-und-jugendliche-download/> [Zugriff: 13.06.2025]. [zit. als Jugendteilhabeatlas].

Bertram, H. (2009): Nachhaltige Familienpolitik und demografische Entwicklung: Zeit, Geld und Infrastruktur als Elemente einer demografiebewussten Familienpolitik. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 55(1), S. 37–55. [online] Verfügbar unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2011/4237/pdf/ZfPaed_2009_1_Bertram_Familienpolitik_Entwicklung_D_A.pdf [Zugriff: 13.08.2025].

Birkelbach, K., Dobischat, R. & Dobischat, B. (2017): *Außerschulische Nachhilfe. Ein prosperierender Bildungsmarkt im Spannungsfeld zwischen kommerziellen und öffentlichen Interessen*. Study der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 348. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [online] Verfügbar unter: <https://hdl.handle.net/10419/155787> [Zugriff: 04.08.2025].

Böttcher, W., Brockmann, L., Meierjohann, T. & Wiesweg, J. (2022): *Was brauchen Schulen in herausfordernden Lagen? Studie im Auftrag des Netzwerk Bildung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. [online] Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/19077.pdf> [Zugriff: 06.08.2025].

Braun, L., Pfänder, H. & Ulmer, B. (2025): *Schule im Brennpunkt 2025*. Hrsg. von der Wübben Stiftung Bildung. Düsseldorf: Wübben Bildungstiftung gGmbH. [online] Verfügbar unter: <https://www.wuebben-stiftung-bildung.org/wp-content/uploads/2025/05/WST-42-004-SCHULE-IM-BRENNPUNKT-2025-08-Web.pdf> [Zugriff: 25.07.2025].

Breitinger, F., Carrasco Heiermann, A., Sixtus, F. & Hinz, C. (2025): *Junge Menschen in Deutschland. Erwartungen, Lebenslagen und Perspektiven*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. [online] Verfügbar unter: https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/JungeMenschen/Layout_ONLINE.pdf [Zugriff: 15.08.2025].

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMBFSFJ] (2025): *Abchlussdokumentation Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung*. Berlin: BMBFSFJ. [online] Verfügbar unter: https://jugendstrategie.de/wp-content/uploads/2025/07/NAP-Abchlussbroschuere_2.0_07-2025.pdf [Zugriff: 19.08.2025].

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [BMEL] (2025): *Ehrenamtliches Engagement in ländlichen Räumen. Sammelband zur Forschungsfördermaßnahme des BULEplus*. Berlin: BMEL. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/forschung-ehrenamt.pdf> [Zugriff: 18.08.2025].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2022): *Familienleben und Familienpolitik in Ost- und Westdeutschland*. Monitor Familienforschung 44. Berlin: BMFSFJ. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/198762/3ffb71ba91a5228bca7d2b409784ff13/mff-familienpolitik-ost-west-data.pdf> [Zugriff: 10.07.2025].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2023): *Familienbarometer. Stand und Perspektiven einer krisensicheren und chancenorientierten Familienpolitik*. Berlin: BMFSFJ. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/222674/25e0f2ef258b6cc4192d0836f1c38b9d/familienbarometer-data.pdf> [Zugriff: 07.06.2025].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2024a): *Familienreport 2024*. Berlin: BMFSFJ. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/239468/a09d21ecd295be59a9aced5b10d7c5b7/familienreport-2024-data.pdf> [Zugriff: 07.06.2025].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2024b): *17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*. Berlin: BMFSFJ. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf> [Zugriff: 07.06.2025].

Bundesregierung (Hrsg.) (2024): *Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen. Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2024*. Berlin: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland. [online] Verfügbar unter: <https://www.publikationen-bundesregierung.de/resource/blob/2277952/2310968/34e86346b0ef75cd501c5890e4ae8515/zum-stand-der-deutschen-einheit-2024-download-bkamt-data.pdf> [Zugriff: 05.08.2025].

Bundeszentrale für politische Bildung [bpb] (2024b): *Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten*. In: *Zahlen und Fakten: Soziale Situation in Deutschland*. [online] Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/ausgewaehlte-armutsgefaehrungsquoten/> [Zugriff: 22.08.2025].

Calmbach, M., Flaig, B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinski, H., Schleer, C. & Wisniewski, N. (2024): *Wie ticken Jugendliche? 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Eine SINUS-Studie im Auftrag von Afj, BDKJ, bpb, DKJS und DFL Stiftung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. [online] Verfügbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/u18_SINUS-Jugendstudie_Wie-ticken-Jugendliche_2024_Print_24-06-07_Sperrfrist_12.06.24_12.00.pdf [Zugriff: 03.06.2025].

Deutscher Bundestag – Wissenschaftlicher Dienst [WD] (2024): *Kindeswohl und häusliche Gewalt in Paarbeziehungen*. WD 8 – 033/24. Berlin: Deutscher Bundestag. [online] Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1012042/b00d81bd9a0c671a70efda4b5d79df51/WD-8-033-24-pdf.pdf> [Zugriff: 07.06.2025].

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. [Der Paritätische] (2025): *Verschärfung der Armut. Paritätischer Armutsbericht 2025*. 1. Auflage. Berlin: Der Paritätische. [online] Verfügbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/armutsbericht_2025_web_fin.pdf [Zugriff: 15.07.2025].

Deutsches Jugendinstitut e. V. [DJI] (2024a): *Abschlussbericht. Befragung Konsultation und Gestaltung(er) Lernräume 2023/2024*. München: DJI. [online] Verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2024/DJI_Abschlussbericht_Befragung_KGS_2024.pdf [Zugriff: 30.06.2025].

Deutsches Jugendinstitut e. V. [DJI] (2024b): *AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland. Bielefeld: wbv Publikation*. [online] Verfügbar unter: <https://www.wbv.de/shop/AID-A-2023-Blitzlichter->

177994 [Zugriff: 19.06.2025] Döbele, C., Engels, J. N., Heinrich, R., Loew, N., Schläger, C., Simon, A. M. & Vitt, A.-K. (2023): *Krisenerwachsen. Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. [online] Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20355.pdf> [Zugriff: 03.06.2025].

El-Mafaalani, A. (2023): Bildungssystem in der Krise: Jedes Kind ersetzt bald zwei Babyboomer. In: *Süddeutsche Zeitung*, 8. September 2023, 14:35 Uhr. [online] Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/lehremangel-schulsystem-probleme-el-mafaalani-1.6199746?reduced=true> [Zugriff: 13.08.2025].

El-Mafaalani, A., Kurtenbach, S. & Strohmeier, K. P. (2025): *Kinder – Minderheit ohne Schutz. Aufwachsen in der alternden Gesellschaft*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Fichtner, S., Sandau, M., Glinka, H., Zosel, P., Falter, S., Hurrelmann, K. & Dohmen, D. (2025): *Zwischen Vision und Rebellion. Cornelsen Schulleistungsstudie 2025 – Gesamtstudie*. Berlin: FiBS – Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie. [online] Verfügbar unter: <https://www.cornelsen.de/schulleistungsstudie> [Zugriff: 24.07.2025].

Forell, M., Bellenberg, G., Gerhards, L. & Schleenbecker, L. (Hrsg.) (2023): *Schule als Sozialraum im Sozialraum. Theoretische und empirische Erkundung sozialräumlicher Dimensionen von Schule*. Münster/New York: Waxmann. DOI: 10.25656/01:28094.

Forell, M., van Ackeren-Mindl, I., Bellenberg, G. & Klein, E. D. (2024): *Woher und Wohin 2024. Soziale Herkunft und Bildungserfolg. Zentrale Ergebnisse der Schulleistungsstudien. Überarbeitete und erweiterte Fassung*. Düsseldorf: Wübben Stiftung Bildung. [online] Verfügbar unter: https://www.wuebben-stiftung-bildung.org/wp-content/uploads/2024/11/WST-47-001-WOHER-UND-WOHIN-WEB_final.pdf [Zugriff: 15.07.2025].

Funcke, A. & Menne, S. (2023): *Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Das Wichtigste in fünf Punkten*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. [online] Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-_und_Jugendarmut_2023.pdf [Zugriff: 30.06.2025].

Geis-Thöne, W. (2022): *Lehrkräftebedarf und -angebot: Bis 2035 steigende Engpässe zu erwarten. Szenariorechnungen zum INSM-Bildungsmonitor. Gutachten für die INSM*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. [online] Verfügbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2022/IW-Gutachten_Lehrkraefteengpaesse.pdf [Zugriff: 04.08.2025].

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft [GEW] (2025): *Cornelsen-Schulleistungsstudie 2025 – Hohe Belastungen und akuter Personalmangel im Fokus*. Pressemitteilung vom 6. März 2025. [online] Verfügbar unter: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/hohe-belastungen-und-akuter-personalmangel-im-fokus> [Zugriff: 14.08.2025].

Hähnle, S., Weilemann, M. & Fegert, J. M. (2020): Armut als Risikofaktor in Kindheit und Jugendalter. In: Fegert, J. M. et al. (Hrsg.): *Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters*. 3. Auflage. Berlin: Springer, S. 177–192. DOI: 10.1007/978-3-662-49289-5_50.

Handle, J. & Scheuble, S. (2021): *Die Rolle von Sport in gewaltbereiter rechtsextremer Radikalisierung und in der Extremismusprävention*. Radicalisation Awareness Network (RAN). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. [online] Verfügbar unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/8cec01d5-dcdf-4a3c-9b0a-081ff5eacb47_de?file-name=ran_role_of_sports_in_violent_right-wing_extremist_radicalisation_prevention_2021_de.pdf [Zugriff: 25.08.2025].

Hans-Böckler-Stiftung & Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung [IMK] (2025): *Neue Werte des IMK-Inflationsmonitors: Inflation für 8 von 9 Haushaltstypen unter Zielrate der EZB, weiterer EZB-Zinsschritt notwendig*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung / IMK. [online] Verfügbar unter: https://www.boeckler.de/data/pm_imk_2025_06_18.pdf [Zugriff: 30.06.2025].

Haug, L. (2025): *Sozialisation von politischem Interesse bei Kindern. Eine Studie zum Einfluss von individuellen, familiären und sozialstrukturellen Bedingungen auf die frühe Interessenentwicklung*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-48011-0.

Hebenstreit, J., Holtmann, E., Jaeck, T., Lutz, L.-M., Pollak, R., Reiser, M., Sand, M. & Zissel, P. (2024): *Deutschland-Monitor '23. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Stadt und Land*. 1. Auflage. Berlin/Halle (Saale)/Jena/Mannheim: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH), Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena & GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. [online] Verfügbar unter: <https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor23.pdf> [Zugriff: 20.08.2025]. [zit. als Deutschland-Monitor 2023].

Heinrich, L. & Volf, I. (2022): *(Über-)Leben mit 28. AWO-ISS-Langzeitstudie zur Kinderarmut: Übergang ins junge Erwachsenenalter und Bewältigung der Corona-Krise*. Unter Mitarbeit von E. Sthamer, C. Laubstein & G. Holz. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. [online] Verfügbar unter: <https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/AWO-ISS-Langzeitstudie-VI.pdf> [Zugriff: 15.07.2025].

Helbig, M., Konrad, M. & Nikolai, R. (2018): *Die Schulinfrastruktur in Ostdeutschland. Ein multimedialer Zugang zur Analyse der Veränderungen von Schulstandorten*. Discussion Paper P 2018–006. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. [online] Verfügbar unter: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-006.pdf> [Zugriff: 11.08.2025].

Holtmann, E. (2020): *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 10486.

Hurrelmann, K. (2002): Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 44/2001, S. 3-7. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. [online] Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25937/warum-die-junge-generation-politisch-staerker-partizipieren-muss/> [Zugriff: 25.08.2025].

Hurrelmann, K. & Bauer, U. (2018): *Einführung in die Sozialisationstheorie*. 12. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2022): *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. 14. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Keil, D. (2020): Rechte Strategien in der Krise der Demokratie: Krisenperpetuierung und Pseudopartizipation. In: Filipič, U. & Schönauer, A. (Hrsg.): *Quo vadis Partizipation und Solidarität?* Wien: Verlag des ÖGB, S. 38–47. [online] Verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/71238/ssoar-2020-keil-Rechte_Strategien_in_der_Krise.pdf [Zugriff: 25.08.2025].

Kultusministerkonferenz [KMK] (2016): *Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz*. Berlin: Sekretariat der Kultusministerkonferenz. [online] Verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2016/2016_12_08-Bildung-in-der-digitalen-Welt.pdf [Zugriff: 25.07.2025].

Kultusministerkonferenz [KMK] (2021): *Lehren und Lernen in der digitalen Welt. Ergänzung zur Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“*. Beschluss vom 09.12.2021. Berlin: Sekretariat der Kultusministerkonferenz. [online] Verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_12_09-Lehren-und-Lernen-Digi.pdf [Zugriff: 25.07.2025].

Kultusministerkonferenz [KMK] (2024): *Vorausberechnung der Zahlen der Schüler/-innen und Absolvierenden 2023 bis 2035*. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Nr. 242. Korrekturfassung vom 21.07.2025. Berlin: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder. [online] Verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_242_Vorausberechnung_Schueler_Abs_2023_2035.pdf [Zugriff: 23.08.2025].

Löwisch, G. (2023): „Work-Life-Balance? Abstrus!“ Interview mit Thomas de Maizière. In: *Die ZEIT*, Nr. 25/2023, 06.06.2023. [online] Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2023/25/thomas-de-maiziere-work-life-balance-generation-z/komplettansicht> [Zugriff: 17.08.2025].

Mau, S. (2024): *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.

Meysen, T. (Hrsg.) (2022): *Kindschaftssachen und häusliche Gewalt. Umgang, elterliche Sorge, Kindeswohlgefährdung, Familienverfahrensrecht*. Heidelberg: SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH. [online] Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/185888/804264351973903018ba213d1bd73a5a/kindschaftssachen-und-haeusliche-gewalt-data.pdf> [Zugriff: 08.07.2025].

Pfahl, S., Unrau, E., Wittmann, M. & Lott, Y. (2023): *Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland*. WSI Report Nr. 88. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. [online] Verfügbar unter: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008698/p_wsi_report_88_2023.pdf [Zugriff: 10.07.2025].

Rathmann, K., Bründel, H. & Hurrelmann, K. (2024): *Kindheit heute. Entwicklungen und Herausforderungen*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz.

Reinhardt, D., Friedrich, H. & Mullis, D. (2022): *Fragiles Vertrauen – Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit. Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise*. PRIF Report, 5. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. [online] Verfügbar unter: https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2022/prif2205_barriere-frei.pdf [Zugriff: 27.08.2025].

Robert Bosch Stiftung (2024): *Deutsches Schulbarometer: Befragung Schüler:innen. Ergebnisse von 8- bis 17-jährigen und ihren Erziehungsberechtigten zu Wohlbefinden, Unterrichtsqualität und Hilfesuchverhalten*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. [online] Verfügbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2024-11/Deutsches%20Schulbarometer_Sch%C3%BCler_2024.pdf [Zugriff: 02.07.2025].

Robert Bosch Stiftung (2025): *Deutsches Schulbarometer: Befragung Lehrkräfte. Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein- und berufsbildenden Schulen*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. [online] Verfügbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2025-06/Deutsches%20Schulbarometer_Lehrkr%C3%A4fte_2025.pdf [Zugriff: 25.07.2025].

Roth, R. (2023): *Wie Wählen ab 16 die Demokratie stärken kann. Strategien und Handlungsansätze*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. DOI: 10.11586/2023073.

Scheuermann, F. (2025): Die Linke ist jung wie nie zuvor. In: *Frankfurter Rundschau*. [online] Verfügbar unter: <https://www.fr.de/politik/die-linke-ist-jung-wie-nie-zuvor-93749903.html> [Zugriff: 16.08.2025].

Schneider, H., Bürer, M. & Glorius, B. (2021): *Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika*. Thünen Working Paper 174. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. DOI: 10.3220/WP1619426837000. [online] Verfügbar unter: https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-workingpaper/ThuenenWorkingPaper_174.pdf [Zugriff: 03.08.2025].

Statista (2024b): *Armutsgefährdungsquote von Kindern in Deutschland*. Hamburg: Statista. [online] Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/785520/umfrage/armutsgefaehrungsquote-von-kindern-in-deutschland/> [Zugriff: 12.07.2025].

Statista (2025b): *Altersstruktur der Abgeordneten im 21. Deutschen Bundestag*. Hamburg: Statista. [online] Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70089/umfrage/altersstruktur-der-abgeordneten-im-bundestag/> [Zugriff: 19.08.2025].

Statistisches Bundesamt (2025): *15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. Variante 1: Moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung bei niedrigem Wanderungssaldo (G2L2W1)*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [online] Verfügbar unter: <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> [Zugriff: 18.08.2025].

Statistisches Bundesamt (o. J.): *Statistischer Bericht – Allgemeinbildende Schulen. Fachserie 11, Reihe 1*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [online] Verfügbar unter: <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.2.pdf> [Zugriff: 07.08.2025].

Steinhauer, R., Rüther, E., Moldenhauer, S. & Stolz, H.-J. (2025): *Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für ein gelingendes Aufwachsen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. [online] Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_BNG_Bedarfe_von_Kindern_und_Jugendlichen_fuer_ein_gelingendes_Aufwachsen_2025.pdf [Zugriff: 30.06.2025].

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration [SVR] (2013): *Segregation an deutschen Schulen: Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen*. Berlin: SVR. [online] Verfügbar unter: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2020/12/SVR_Studie_Bildungssegregation_Juli_2013.pdf [Zugriff: 06.08.2025].

Unfried, P. & Welzer, H. (2025): Deutschlands Umgang mit Kindern und Jugendlichen: Für Aladin El-Mafaalani sind Kinder eine abgehangte Minderheit. In: *taz FUTURZWEI*, 11.03.2025. [online] Verfügbar unter: <https://taz.de/Deutschlands-Umgang-mit-Kindern-und-Jugendlichen/vn6075170/> [Zugriff: 03.07.2025].

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. [vbw] (Hrsg.) (2019): *Region und Bildung. Mythos Stadt – Land. Gutachten des Aktionsrats Bildung*. Münster: Waxmann. [online] Verfügbar unter: https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Bildung/2019/Downloads/ARB_Gutachten_Region-und-Bildung_Mythos-Stadt-Land_2019.pdf [Zugriff: 11.08.2025].

Voigts, G. & Blohm, T. (2024): *Offene Kinder- und Jugendarbeit in Krisenzeiten aus Sicht von Jugendlichen. Eine empirische Studie zur Bedeutung von Einrichtungen in Hamburg*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. DOI: 10.3224/84742711.

Winkler, O., Jansen, M. & Edele, A. (2022): Warum gibt es in Ostdeutschland weniger einwanderungsbezogene Bildungsungleichheit? Bedingungen der Bildungsbeteiligung und Lesekompetenz von Heranwachsenden mit Einwanderungsgeschichte in Ost- und Westdeutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 51(2), S. 131–153. DOI: 10.1515/zfsoz-2022-0012.

Zerle, C., Cornelißen, W. & Bien, W. (2012): Das Timing der Familiengründung und dessen Folgen für Familien. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 24(1), S. 46–66. [online] Verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/38460/ssoar-zff-2012-1-zerle_et_al-Das_Timing_der_Familiengrundung_und.pdf [Zugriff: 01.07.2025].

Impressum

Herausgeberin:

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH
Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin
www.dkjs.de

Autor: Alexander von Ende

Redaktion: Paula Voigt, Lena Fiedler, Anikó Popella

© DKJS 2026

Die Inhalte dieser Publikation wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt.
Es wird jedoch keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen übernommen.